

***Prävention gegen Wohnungseinbruch
als kommunales Experiment***

**Karsten Lauber
Kurt Mühler**

Aus: Erich Marks & Wiebke Steffen (Hrsg.):
Prävention rechnet sich. Zur Ökonomie der Kriminalprävention
Ausgewählte Beiträge des 20. Deutschen Präventionstages
8. und 9. Juni 2015 in Frankfurt am Main
Forum Verlag Godesberg GmbH 2015, Seite 365-380

978-3-942865-53-1 (Printausgabe)
978-3-942865-54-8 (eBook)

Karsten Lauber, Kurt Müller

Prävention gegen Wohnungseinbruch als kommunales Experiment

Situation Wohnungseinbruch in Leipzig

Das Jahr 2006 stellt den Wendepunkt beim Wohnungseinbruchsdiebstahl¹ in Deutschland dar, denn ab 2007 stiegen die Fallzahlen bundesweit (bis heute) stark an. Die Entwicklung in Sachsen verlief nahezu analog, ebenso in der kreisfreien Stadt Leipzig, der einwohnerstärksten Stadt des Freistaates Sachsen. Die Häufigkeitszahlen erhöhten sich zwischen den Jahren 2006 und 2014 bundesweit (+ 43 %), sachsenweit (+ 74 %) und bezogen auf das Stadtgebiet Leipzig (+ 157 %) stark. Die Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls ist - neben den Gefahren durch den islamistischen Terrorismus - eine der zentralen innenpolitischen Herausforderungen. Im ausgewählten Städtevergleich weist Leipzig im Jahr 2014 eine niedrigere Häufigkeitszahl auf als Bremerhaven, Bremen, Berlin oder Hannover, allerdings eine höhere als Chemnitz, Dresden, Erfurt, Halle (regional), Stuttgart oder München (überregional).

Als „Hauptstadt der Gründerzeit“² verfügt Leipzig über einen hohen Bestand an Flügeltüren mit sog. Kantenriegeln und damit über eine besondere Tatgelegenheit (vgl. Abb. 1). Den Kantenriegel gibt es insbesondere bei sogenannten Doppelflügeltüren. Diese 2-flügeligen Türen bestehen aus einem Gang- und einem Standflügel. Der Kantenriegel ist der seitlich in das Rahmenholz eingelassene Metallriegel, der bei einer Doppelflügeltüre (oder Doppelflügel Fenster) einen Flügel fest arretiert. Der Modus Operandi „Ziehen der Kantenriegel“ prägt dabei als relativ einfache Vorgehensweise das Einbruchsgeschehen. Zwischen den Jahren 2008 und 2012 betrug der Anteil dieser Begehungsweise zwischen 20 % und 43 %. Mit Blick auf die sicherheitstechnische Prävention stellen zudem die Plattenbauten eine besondere Herausforderung dar.

¹ Alle Fallzahlen beziehen sich - soweit nicht anders angegeben - auf den PKS-Schlüssel 435*00 (Wohnungseinbruchdiebstahl).

² Welt online. Leipzig, neue Hauptstadt der Gründerzeit. 30.01.2011. <http://www.welt.de/print/wams/wirtschaft/article12385980/Leipzig-neue-Hauptstadt-der-Gründerzeit.html>



Abb. 1: Kantenriegel und Doppelflügeltür

Gründung eines Arbeitskreises zur Stärkung der individuellen Prävention

Auf der Ebene des Kommunalen Präventionsrates Leipzig (KPR) vereinbarten die Stadtverwaltung und die Polizeidirektion Leipzig im Jahr 2013, die gemeinsamen Präventionsmaßnahmen im Bereich Wohnungseinbruch zu intensivieren. Dazu sollten verschiedene Experten aus Verwaltung, Wirtschaft und Forschung einbezogen werden. Im Rahmen des „Symposiums Wohnungseinbruch“ am 12. Dezember 2013 führte der KPR - unter der Federführung des Amtsleiters des Ordnungsamtes und des Leiters der Justizvollzugsanstalt Leipzig - eine Vielzahl an Akteuren zusammen, u. a. auch Vertreter des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, der Wirtschaft, der Versicherungen, des Landespräventionsrates, Opferschutzvertreter und verschiedene städtische Ämter, u. a. das Amt für Statistik und Wahlen. Aus diesem Symposium heraus gründete sich der Arbeitskreis „Prävention Wohnungseinbruch“, in dem bis heute Vertreter der Wohnungs- und Versicherungswirtschaft, der Universität Leipzig, der örtlichen Polizeidirektion, der Justizvollzugsanstalt Leipzig sowie des Ordnungsamtes zusammenwirken.

Der Arbeitskreis erstellte daraufhin ein umfangreiches - sowohl praxisorientiertes als auch wissenschaftlich ausgerichtetes - Präventionskonzept. Grundlage hierfür war eine bundesweite Erhebung und Auswertung bestehender Präventionsaktivitäten. Die Grundidee lautet dabei: Durch Konkretisierung der Gefahren des Wohnungseinbruchs soll die Präventionsaktivität der Bewohner gegen Wohnungseinbruch erhöht werden. Entscheidend dabei ist die Problemgenerierung: Wohnungseinbruch kann auch mich betreffen.

Im Ergebnis weist der Wohnungseinbruch heterogene Täterstrukturen und vielfältige Begehungsformen auf. Dies bedeutet, dass Bekämpfungs- und Präventionsansätze lokal, lageangepasst, phänomenspezifisch und konzeptionell erfolgen müssen. Die un-

terschiedlichen Bekämpfungsansätze auf Bundes- und Länderebene zeigen in der Gesamtschau oft ähnliche Muster auf. Nennenswerte neue Ideen in der Präventionsarbeit ergeben sich in der Mehrzahl nicht. Die Idee, künftig noch stärker auf die aktive Informationsbeschaffung der Bürger/-innen im Internet zu setzen, ist zwar ein zeitgemäßer Ansatz, greift jedoch die bislang vorhandenen Defizite in der Öffentlichkeitsarbeit nicht auf, sondern könnte sie durch den Aspekt der „Holschuld“ eher noch verstärken. Dabei scheinen zentrale Sensibilisierungskampagnen, Appelle und Warnhinweise, grundsätzlich keine ausreichenden sowie nachhaltig wirksamen Instrumente zu sein. Die dabei vermittelten Botschaften führen oft nicht zu den erwünschten Verhaltensänderungen, können darüber hinaus bereits aus Kosten-Nutzen-Erwägungen kritisch bewertet werden.

Vorüberlegungen zum Niveau der individuellen Prävention

Die Anzahl der Wohnungseinbrüche ging einige Zeit deutlich zurück und hielt sich auf einem relativ niedrigen Niveau. Die Wahrscheinlichkeit selbst betroffen zu sein oder indirekte Erfahrungen zu sammeln, war demnach in diesem Zeitraum in der Bevölkerung gering. Aus psychologischer Perspektive begünstigt eine solche Situation die Ausbildung einer Kontrollillusion. Die Nichtbetroffenheit von Wohnungseinbruch ist dann als Eigenkontrolle interpretierbar. Dadurch entsteht eine Art gelernte Sorglosigkeit, in deren Zusammenhang auch Zeichen einer Gefahr umgedeutet, d.h. verharmlost werden. Ein solcher Prozess ist nicht ungewöhnlich. Er stellt eine Art Anpassung im Sinne eines effizienten Umgangs mit verfügbaren Ressourcen in einer gegebenen Situation dar. Ohne einen solchen Mechanismus würden sich Formen von Paranoia (Überinterpretation von Gefahren) durchsetzen und das alltägliche Handeln erheblich einschränken.

Ein zweiter Aspekt besteht in der geringen Wirksamkeit genereller Informationen für die Bevölkerung über Präventionsmöglichkeiten gegen Wohnungseinbruch (Henkel 2012: 248). Das resultiert keineswegs daraus, dass diese Kampagnen, wie z.B. „K-Einbruch“, inhaltlich stark verbesserungswürdig wären. Ganz im Gegenteil. Das Problem liegt unserer Ansicht nach darin, dass sie auf eine zu große Zielgruppe hin angelegt sind: die Bevölkerung der Bundesrepublik. Zum einen besteht eine Charakteristik moderner Gesellschaften darin, Informationsgesellschaften zu sein. Eine enorme und steigende Dichte an Information kennzeichnet unseren Alltag. Damit sind alle Arten von Botschaften in Wort und Bild gemeint, die auf den vielfältigen Kommunikationswegen fließen. Das führt dazu, dass Aufmerksamkeit ein knappes Gut wird. Dies wiederum verstärkt die Tendenz, Mittel einzusetzen, um eine Botschaft in der Konkurrenz um Aufmerksamkeit durchzusetzen. Wenn man Postman folgt, ist eine Information nur dann eine Information, wenn Sie von Belang für das Entscheiden und Handeln eines Individuums ist. Infolge der Vernetzung von Massenkommunikation und Konkurrenz um Aufmerksamkeit aber, sind Belanglosigkeit, Handlungsunfähigkeit und Zusammenhanglosigkeit zunehmend in den kommunika-

tiven Diskurs gelangt (Postman 2006: 84 ff.), wodurch die Informationsmenge wiederum stark zunimmt. Des Weiteren unterliegen die Rezipienten einem Lernprozess. Sie lernen eine selektive Unaufmerksamkeit, z.B. gegenüber Werbebotschaften, um sich in ihrem Handeln durch diese Informationsflut nicht behindern zu lassen. Dazu gehört auch, jene von Postman benannten Eigenschaften von Informationen im Rahmen von Massenkommunikation zu akzeptieren. D.h. eine Information muss nicht mehr zum eigenen Entscheiden und Handeln passen, sondern interessant, merkwürdig oder aufregend sein (Postman 2006: 84ff.). Das „Zappen“ ist z.B. eine Folge dieses Lernens. Deshalb wird es immer schwieriger, mit allgemeinen Botschaften für große Zielgruppen in deren Aufmerksamkeit vorzudringen.

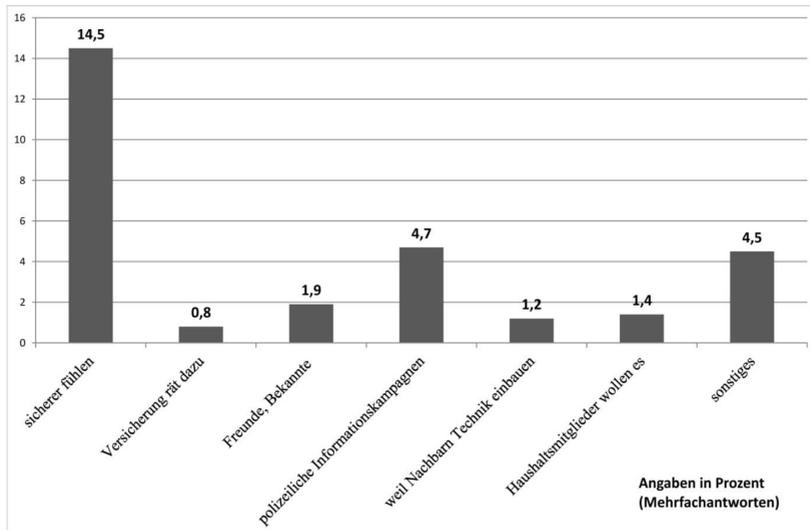
Bevor die beiden Überlegungen – gelernte Sorglosigkeit und Unaufmerksamkeit – zusammengeführt werden, soll anhand von Daten einer aktuellen Befragung der Leipziger Bevölkerung vom Herbst 2014 auf die empirische Grundlage dafür hingewiesen werden.

Es interessieren zunächst Motive, welche die individuelle Präventionsabsicht unterstützen. Dazu wurde erfragt, ob Befragte (weitere) Sicherheitstechnik in die Wohnung bzw. das Eigenheim einbauen wollen. Auch wenn diese Daten der individuellen Reflexion und Gewichtung unterliegen, können sie dennoch als ein Hinweis auf eine Präferenzordnung dienen, die das Handeln beeinflusst. Wir sehen anhand der Häufigkeitsverteilungen, worauf Befragte besonderen Wert legen, worauf sie hinsichtlich präventiven Handelns besonders achten.

Zunächst ist es für eine Gesamteinschätzung hilfreich zu sehen, wie hoch der Anteil der Befragten ist, die weitere Sicherheitstechnik in die Wohnung bzw. das Eigenheim einbauen wollen. Knapp 14% der Befragten geben an dies vorzuhaben. Bedeutsam wird dieser niedrige Prozentsatz, wenn man ihn mit dem ebenfalls erfragten Niveau der aktuellen Sicherung der Wohnung bzw. des Eigenheims in Beziehung setzt. Dazu wurde insgesamt das Vorhandensein von acht technischen Sicherungen (spezielle Sicherung Tür, Fenster, Alarmanlage, Bewegungsmelder, Videokamera (innerhalb, außerhalb), Beleuchtung, Sonstiges) abgefragt. Wird jetzt die Anzahl dieser Sicherungen mit der Absicht in Beziehung gesetzt, (weitere) Sicherheitstechnik einzubauen, dann ergibt sich ein überraschendes Bild. Mit dem Niveau der vorhandenen Sicherheitstechnik steigt der Anteil derer, die weitere Sicherheitstechnik einbauen wollen. Besonders auffällig ist demgegenüber, dass 90% der Befragten, die über keinerlei spezielle Sicherheitstechnik verfügen, auch nicht die Absicht haben, spezielle Sicherheitstechnik einbauen zu lassen. Das unterstützt die getroffene Annahme einer gelernten Sorglosigkeit. Demgegenüber äußerten in der Gruppe derjenigen Befragten mit dem aktuell höchsten technischen Sicherungsniveau nur 65%, keine weiteren Sicherungen einzubauen. Immerhin gibt es in dieser statistischen Gruppe ein hohes Sättigungsniveau an Sicherheitstechnik.

Betrachtet man nun zunächst diejenigen Befragten, die vorhaben, (weitere) Sicherungstechnik einzubauen (Abb. 1), dann zeigt sich zunächst, dass nicht unerwartet das Sicherheitsbedürfnis entscheidend ist. Es wird auch deutlich, dass generelle Informationskampagnen keinen entscheidenden direkten Anteil an diesem Vorhaben aufweisen. Das 5%-Niveau deckt sich zudem mit den Angaben von Henkel. Insgesamt lässt sich neben dem Sicherheitsbedürfnis kein entscheidender Anreiz erkennen.

Abb.2: Gründe für den Einbau (weiterer) Sicherungen



Aufschlussreicher ist eine nähere Betrachtung, warum Befragte keine (weitere) Sicherungstechnik einbauen wollen (Abb. 2). Ein Grund ist zunächst der Eindruck, dass Sicherungstechniken zu teuer sind. Darin wird ein Informationsdefizit deutlich, in dessen Folge eine solche Assoziation entsteht, die präventionshemmend wirkt. Auf ein motivational verursachtes Informationsdefizit weist „noch nicht darüber nachgedacht“ hin. 21% der Befragten, die keine (weitere) Sicherheitstechnik einbauen wollen, haben bisher also noch nicht einmal über die Möglichkeit eines Wohnungseinbruchs nachgedacht.

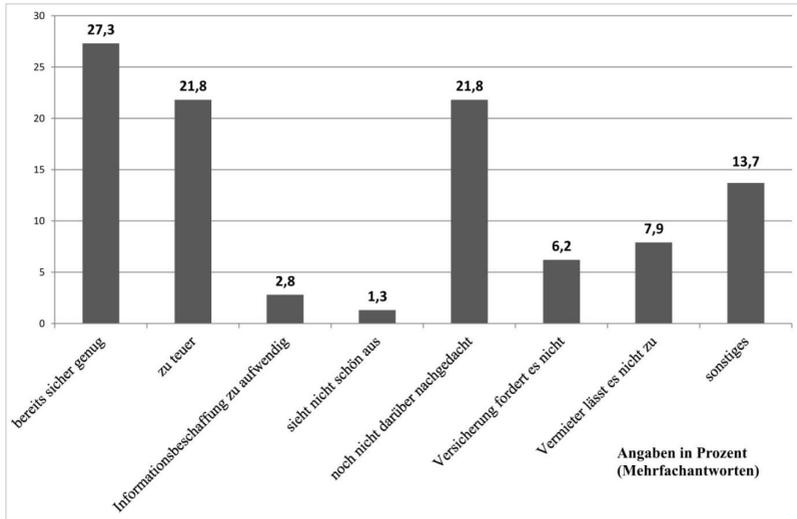
Demgegenüber steht die Einschätzung, dass die Wohnung bzw. das Eigenheim bereits sicher genug ist, als der am häufigsten genannte Grund keine (weitere) Sicherheitstechnik einzubauen.

Wenn die beiden letzten Gründe mit dem vorhandenen technischen Sicherungsniveau in Beziehung gesetzt werden, ergibt sich folgendes Bild: 55% derjenigen Befragten, die keine oder nur eine spezielle Sicherung angegeben haben, schätzen ein, dass ihre

Wohnung bzw. ihr Eigenheim sicher genug ist. Sogar 70% derjenigen mit keiner oder nur einer speziellen Sicherung haben noch nicht darüber nachgedacht.

Diese beiden Aspekte verweisen auf unsere Vorüberlegung zur gelernten Sorglosigkeit und weisen auf eine spezielle Zielgruppe zur Erhöhung der individuellen Prävention hin.

Abb. 3: Gründe dafür, keine (weitere) Sicherheitstechnik einzubauen



Bisher zeigen sich durchschnittliche Präferenzordnungen, welche einem Präventionshandeln zugrundeliegen. Es sind aber nicht nur bewusste Präferenzen (Absichten), sondern auch Restriktionen, die auf das Handeln Einfluss nehmen. Deshalb werden im Folgenden einige dieser Zusammenhänge mittels einer multivariaten Analyse geprüft (Tab. 1). Als abhängige Variable dient die Frage, ob (weitere) Sicherheitstechnik eingebaut werden soll. Da die abhängige Variable dichotom (ja/nein) kodiert ist, stammen die folgenden Ergebnisse aus einer logistischen Regression. Logistische Regressionen liefern einen Standardwert (Odds-Ratio) für die Wirkungsrichtung und deren Wahrscheinlichkeit der Beeinflussung der abhängigen Variable durch die jeweilige unabhängige Variable.

Tabelle 1: Multivariates Modell (weitere) Sicherheitstechnik einbauen

	Abhängige Variable: (weitere) Sicherheitstechnik einbauen	
	bivariat	Exp(B)
Wohndauer	1,005	1,015
Viktimisierung (Wohnungseinbruch)	3,997**	3,297**
Wohneigentum	5,567**	3,172**
Wohnungsgröße	1,015**	1,005
Gesamtumfang technische Sicherungen	1,495**	1,273*
Umfang Arbeitsstunden pro Woche	1,015	1,016
Haushaltseinkommen	1,120**	,998
Alter	,992	,955
Geschlecht	,954	1,183
Schulbildung	1,111	,796+
R ² (Nagelkerke)		,219**
N		1324

Odds-Ratio Koeffizienten ** signifikant 1%, * signifikant 5%, + signifikant 10%

Die einflussreichste Variable auf das Präventionsverhalten ist die Viktimisierung. Befragte, die bereits Opfer eines Wohnungseinbruchs gewesen sind, weisen eine um das 3,3-fache höhere Wahrscheinlichkeit auf, (weitere) Sicherheitstechnik einzubauen. Aus Schaden klug zu werden, ist demnach die kostenreiche Hauptsäule des individuellen Präventionsverhaltens. Die zweite Säule besteht im Eigentum. Eigentümer weisen gegenüber Mietern eine um das 3,2-fache höhere Wahrscheinlichkeit auf, (weitere) Sicherheitstechnik einzubauen. Es besteht also hinsichtlich der Präventionsbemühungen ein entscheidender Unterschied darin, ob es sich um Mieter oder Eigentümer handelt. Wohneigentum führt dazu, größere individuelle Präventionsbemühungen zu unternehmen. Das kann zu einem gewissen Teil daher rühren, dass bei Eigentümern eine komplette Eigenverantwortung vorliegt, während Mieter ein bestimmtes Niveau an Sicherheitstechnik sozusagen vorfinden bzw. als Bestandteil des Mietvertrages ansehen. Daraus entsteht möglicherweise die Auffassung, die Sicherung der Wohnung sei komplett Sache des Vermieters. Darüber hinaus hat auch die Entscheidungsfähigkeit, also selbst ohne Rückfrage entscheiden zu können, etwas damit zu tun.³ In der Verdeutlichung der Eigenverantwortung der Mieter und in der

³ Dies verdeckt allerdings eine zweite Dimension, nämlich den Unterschied zwischen Wohnung und Eigenheim. Eine entsprechende multivariate Analyse im Austausch der Variable Eigentum gegen Wohnform

Werbung um Aufmerksamkeit der Vermieter für die allgemeinen Gefahren des Wohnungseinbruchs könnte demnach eine Präventionsreserve liegen.

Wie bereits gezeigt, bestätigt sich auch unter multivariaten Bedingungen, dass das Vorhandensein spezieller Sicherungen ein Prädiktor dafür ist, weitere Präventionsbemühungen zu unternehmen (eine um das 1,3-fache höhere Wahrscheinlichkeit).

Auffällig ist schließlich, dass mit dem formalen Schulbildungsabschluss das individuelle Präventionsbemühen sinkt. Um fast 30% sinkt die individuelle Präventionsaktivität mit höherer Schulbildung. In Bezug auf unsere Vorüberlegungen könnte vermutet werden, dass Bildung die Steigerung von Kontrollillusion begünstigt. Da das Modell durch das aktuelle Sicherungsniveau sowie das Haushaltseinkommen kontrolliert wird, können diese Faktoren (Bildung als Proxy für Einkommen und bereits sichere Wohnverhältnisse) als dahinterliegend weitgehend ausgeschlossen werden.⁴

Obwohl das Lebensalter einen signifikanten Einfluss aufweist, ist die Wahrscheinlichkeit zu vernachlässigen (mit dem Alter sinkt die Präventionsaktivität um 4,5%). Das legt eher die Vermutung einer zufälligen Schwankung nahe.

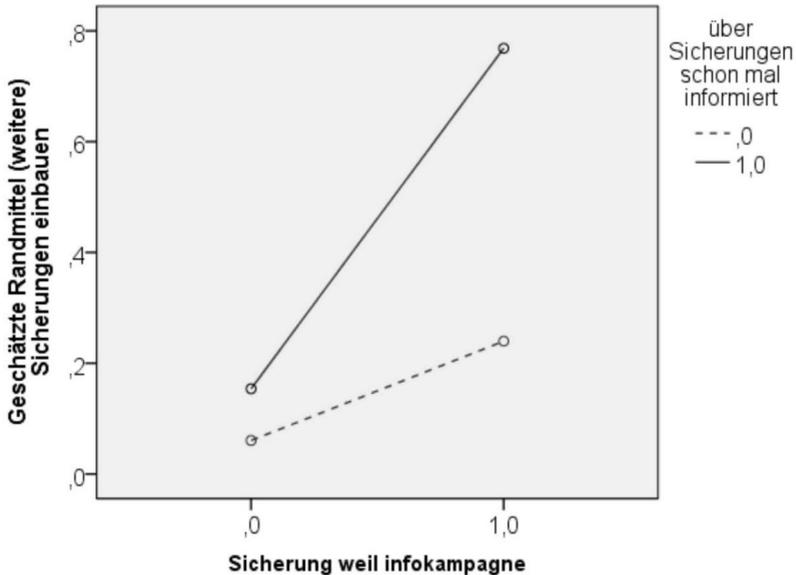
Schließlich weisen neben dem bereits erwähnten Haushaltseinkommen die Wohndauer, Wohnungsgröße, Geschlecht sowie die Anzahl der durchschnittlichen Arbeitsstunden pro Woche keinen Einfluss auf die individuelle Präventionsaktivität auf.

Abschließend soll zur Begründung der Hypothese noch eine letzte Analyse durchgeführt werden. Neben der Wahrnehmung von Informationskampagnen wurde erfragt, ob auch selbst etwas unternommen wurde, um sich aktiv Informationen über Sicherheitstechnik zu beschaffen. Wir hatten gesehen, dass polizeiliche Informationskampagnen nahezu keine Wirkung aufweisen, um die individuelle Präventionsaktivität zu steigern. Nun soll noch geprüft werden, ob solche Informationskampagnen wirksamer sind, wenn das Informationsinteresse bereits geweckt worden ist. Technisch gesprochen wollen wir nun prüfen, ob zwischen beiden Variablen - aktive Informationssuche und Wirksamkeit von Informationskampagnen - eine Interaktion vorliegt. Eine differenzierte Auskunft darüber lässt sich mittels mehrfaktorieller Varianzanalyse gewinnen. Darin zeigt sich, ob sich zwei unabhängige Variablen in ihrer Wirkung auf eine dritte, abhängige Variable gegenseitig beeinflussen. Immerhin gaben 57% der Befragten an, sich schon einmal gezielt über Sicherheitstechnik informiert zu haben. Kontrolliert wird das Ergebnis mittels der Variablen aus dem Modell in Tabelle 1. Das Ergebnis ist durchaus erstaunlich.

zeigt, dass alle Effekte annähernd gleichbleiben, die Wohnform aber sogar das 3,9-fache an Wahrscheinlichkeit aufweist. Demnach bildet das Bewohnen eines Eigenheims einen eigenständigen Anreiz zur individuellen Prävention.

⁴ Die Nichtberücksichtigung des vorhandenen Sicherungsniveaus und des Haushaltseinkommens führt lediglich zu einer leichten Abschwächung der negativen Wirkungsrichtung auf 20% sinkende Präventionsaktivität.

Abb.4: Interaktion zwischen Informationssuche und Informationskampagne



Kovariate: Viktimisierung, Wohneigentum, Alter, Geschlecht, Schulabschluss, Anzahl der Gesamtsicherungen

Es lassen sich zwei Haupteffekte beobachten: Die Absicht, mehr Sicherheitstechnik einzubauen, erhöht sich zum einen durch die Wahrnehmung einer polizeilichen Informationskampagne und zum anderen durch aktive Informationssuche. Die Mittelwertveränderungen der abhängigen Variablen unterscheiden sich jedoch deutlich. Während sich der Mittelwert (sich (weitere) Sicherheitstechnik einbauen) bei denjenigen, die nicht aktiv nach Informationen suchen, durch Informationskampagnen lediglich von ,061 auf ,240 nur sehr leicht anhebt, steigt der Effekt von Informationskampagnen bei aktiv nach Informationen suchenden von ,154 auf ,769. Mit anderen Worten, wenn Interesse geweckt wurde und eine Informationskampagne läuft, dann entsteht ein kumulativer Effekt auf eine Steigerung der individuellen Präventionsaktivität.

Die Hypothese

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass es darauf ankommt, die Aufmerksamkeit für das Problem Wohnungseinbruch zu wecken, damit über die Einschätzung der eigenen Situation ein Interesse für Prävention entsteht. Wenn dies erreicht ist, dann, so zeigt das Ergebnis der mehrfaktoriellen Varianzanalyse, sollten Informationen verfügbar sein, wie Prävention wirksam geleistet werden kann. Es hat sich des Weiteren gezeigt, dass die sich von selbst einstellenden Hauptfaktoren für Aufmerksamkeit und Interesse zum einen aus Wohneigentum und zum anderen aus Viktimisierungs folgen.

Diese Faktoren wirken der gelernten Sorglosigkeit entgegen. Deshalb sollten sich Maßnahmen darauf richten, über Gefahren und über Mittel zur Prävention zu informieren. Das Entscheidende dabei ist, in Anbetracht der Informationsfülle und daraus resultierenden Schwierigkeit Aufmerksamkeit zu erhalten, so konkret wie möglich vorzugehen.

Daraus folgend lautet die dem Experiment zugrunde liegende Hypothese:

Je konkreter (personenbezogene) Informationen über die Gefahr des Wohnungseinbruchs sind, desto eher ist eine Person bereit, selbst etwas zur Prävention gegen Wohnungseinbruch zu tun.

Mithilfe eines Experiments soll geprüft werden, ob konkrete, d.h. ortsteilbezogene Information über die Gefahren des Wohnungseinbruchs, Aufmerksamkeit für das Thema erhalten kann und es in diesem Zusammenhang möglich ist, konkrete Maßnahmen zur Prävention handlungswirksam zu vermitteln.

Grundlagen des Experiments

Durchgeführt wird ein Feldexperiment. Um die Wirkung des experimentellen Faktors, der im nächsten Abschnitt erläutert wird, so gut wie möglich bestimmen zu können, bedarf es neben den Experimentgruppen, in denen dieser Faktor angewendet wird, noch Vergleichsgruppen, in welchen er nicht angewendet wird. Das soll ausschließen, dass Veränderungen, die sich in einem gegebenen Zeitraum ereignen, irrtümlich als Wirkung dieses Faktors angesehen werden. Dazu bedarf es der Kontrolle von Bedingungen, die an der Entstehung einer beobachtbaren abhängigen Variable hauptsächlich beteiligt sind. Der Zweck der Erhöhung der individuellen Prävention besteht in der Senkung der Häufigkeitszahl von Wohnungseinbrüchen. Also besteht darin die letzte abhängige Größe, die nicht direkt, sondern indirekt und nicht kurzfristig, sondern langfristig durch das Experiment beeinflusst werden soll.

Als Experiment- und Kontrollgruppen werden Ortsteile ausgewählt. Sie stellen einen Erlebenshorizont dar, mit dem sich die Bewohner identifizieren können. Zugleich können konkrete Informationen über die Gefahren des Wohnungseinbruchs dieses räumlichen Zusammenhangs vermittelt werden, die für die Bewohner direkt mit dem eigenen Lebensalltag in Beziehung stehen. Um Experiment- und Kontrollgruppen auszuwählen, bedarf es einer theoretischen Grundlage über Ursachen des Wohnungseinbruchs. Weil keine konkrete Theorie zum Wohnungseinbruch verfügbar ist, wird Wohnungseinbruch als Bestandteil des Kriminalitätsgeschehens insgesamt angesehen.

In Theorien sozialer Desorganisation⁵ sind Bedingungen theoretisch begründet, die empirisch gut geprüft sind und als Risikofaktoren für Kriminalität gelten. Sie werden auch

⁵ Ursprünglich von Shaw/McKay (1942) entwickelt und weitergeführt u.a. durch Sampson/Groves (1989) und Skogan (1992).

im Hinblick auf das Risiko Wohnungseinbruch angewendet. Diese Risikofaktoren sollen zwischen Experiment- und Kontrollgruppe jeweils annähernd gleich sein. Da die Gruppen (Ortsteile) gegeben sind, also hinsichtlich ihrer Zusammensetzung nicht verändert werden können, geht es um eine näherungsweise Ähnlichkeit. Die zu kontrollierenden Faktoren sind: Wohndauer, Durchschnittsalter der Wohnbevölkerung (Jugendquote, Altenquote), Anteil Wohneigentum, Wanderungssaldo, Haushaltseinkommen, Migrantenteil, durchschnittliche Haushaltsgröße, Ledigenanteil.⁶ Darüber hinaus wird auf eine weitere Größe Bezug genommen: die Lage des Ortsteils innerhalb des Stadtgebiets. Damit soll ein nicht konkret kontrollierbares Hintergrundrauschen sehr verschiedener Bedingungen erfasst werden, die das Kriminalitätsniveau beeinflussen, aber nicht genau benennbar sind. Dazu werden jeweils ein Experiment- und ein Kontrollortsteil aus dem Zentrum Leipzigs und aus einer Randlage ausgewählt.

Diese Bedingungen sollten in Experiment- und Vergleichsgruppe annähernd gleich sein, um in Bezug auf eine Veränderung der abhängigen Variable mit möglichst großer Sicherheit entscheiden zu können, ob sie auf den experimentellen Faktor zurückgeführt werden kann.

Um Wirkungen empirisch festzustellen, sind Messungen vor und nach dem Auftreten des experimentellen Faktors erforderlich. Dadurch können Veränderungen innerhalb dieses Zeitraums aus dem Vergleich zwischen Experiment- und Kontrollgruppe eingeschätzt werden. Gemessen wird mittels postalischer Befragung. Die Vorhermessung geschieht im August 2015 nach Ende der Sommerferien in Sachsen. Bis zum Auftreten des experimentellen Faktors wird ein Zeitraum von zwei Wochen veranschlagt. Das ist der durchschnittlich zu erwartende Zeitraum für den Response einer postalischen Befragung ohne Versendung von Erinnerungen. Die Zweitmessung wird im November 2015 erfolgen, um eine Wirkungszeit auf die abhängigen Variablen zu ermöglichen. Die durchschnittliche Höhe des zu erwartenden Responses einer solchen methodischen Grundlage liegt bei bis zu 20% (Diekmann 1995: S. 441). Die Wahl des methodischen Designs folgt aus dem explorativen Charakter und den sehr begrenzten materiellen Mitteln, die zur Verfügung stehen. Da es sich um eine Kausalanalyse handelt und nicht um die Ermittlung von Verteilungen (Mittelwerte, Häufigkeiten), wie dies in demoskopischen Untersuchungen der Fall ist, kann trotz des zu erwartenden niedrigen Response eine Einschätzung der Hypothese vorgenommen werden. Vom Einwohnermeldeamt in Leipzig wurde jeweils eine Zufallsstichprobe von 400 Personen pro Ortsteil gezogen.

Der experimentelle Faktor

Der entwickelte Projektansatz verfolgt das Ziel, Präventionsmaßnahmen möglichst kleinteilig, also auf Ortsteilebene, zu realisieren und hierfür mit Akteuren in den Ortsteilen (Vor-Ort-Experten) zusammenzuwirken. Das hat den Vorteil, dass bereits

⁶ Vgl. Lauber/Mühler (2014, S. 715 f).

bewährte Kommunikationsstrukturen vorhanden sind, die zudem über einen Vertrauensbonus verfügen (z. B. Bürgervereine). Für die Öffentlichkeitsarbeit sollte weitestgehend auf etablierte Medien zurückgegriffen werden bzw. Produkte erstellt werden, die einen Bezug zum Ortsteil oder Stadtbezirk herstellen. Die Verbreiterung der Akteursbasis platziert das Thema im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen präventiven Ansatzes. Die Zusammenführung mehrerer Akteure sollte sich in der Gesamtschau auch ressourcenschonend auswirken.

Um die Datenbasis - auch mit Blick auf die im Allgemeinen niedrigen Aufklärungsquoten - zu erhöhen, erfolgte zunächst eine Täterbefragung in der Justizvollzugsanstalt Leipzig, um mehr über die Täter, deren Motivation sowie die Vorgehensweise bei der Tat zu erfahren. Des Weiteren erhob das Amt für Statistik und Wahlen im Rahmen der kommunalen Bürgerumfrage zusätzliche Daten zum Wohnungseinbruch (s. o. Vorüberlegungen zum Niveau der individuellen Prävention). Die Polizeidirektion Leipzig stellte ergänzend Lagedaten zur Verfügung, um diese ortsteilbezogen auszuwerten, insbesondere im Hinblick auf Tatort, Tatzeit, Tatobjekt, Begehungsweise oder Diebesgut.

Für die zwei Ortsteile, in denen der experimentelle Faktor eingesetzt wurde, entwickelte der Arbeitskreis eine Vielzahl an Veranstaltungen und Maßnahmen für unterschiedliche Zielgruppen. Bei nahezu allen Aktivitäten erfolgte eine Unterstützung durch lokale Akteure, z. B. Bürgerverein, Ortschaftsrat. Im Zentrum der Aktivitäten standen je zwei Ortsteilveranstaltungen, die ausschließlich durch die Vor-Ort-Akteure mittels Verteilung von Werbematerial beworben wurden. Bürgervereine, Ortschaftsräte und Wohnungsbaugesellschaften verteilten Ankündigungsplakate und stellten Veranstaltungen in soziale Medien ein. Bei den gut besuchten Ortsteilveranstaltungen informierte der Arbeitskreis über die Kriminalitätslage im Quartier, stellte Ergebnisse der Täterbefragung vor, ehe die Präventionsexperten der Polizei über Sicherungsmaßnahmen (verhaltensorientierte Prävention, gute Nachbarschaft, sicherheitstechnische Prävention) berichteten. Besonders hervorzuheben sind die halbstrukturierten Interviews mit Opfern von Wohnungseinbrüchen, die anschaulich über deren Erlebnisse berichteten. Die hohe Anzahl bestehender Fragen verdeutlichte das hohe Informationsbedürfnis der Bevölkerung.

Eine Internetseite (www.leipzig.de/praevention) ergänzte die Aktivitäten, um alle Informationen dort zu bündeln und vor allem auf die kostenlose Vor-Ort-Beratung durch die Polizei hinzuweisen. Auf diese Internetseite sowie auf den lokalen Modus Operandi „Kantenriegel“ weist auch ein eigens erstellter Flyer hin, den die o. a. Akteure im Ortsteil, vor allem bei Einzelhändlern oder Ärzten hinterlegten. Mit zeitlichen Abstand erfolgte dann die Herausgabe von drei Postkarten, die jüngere Leute ansprechen sollten und dementsprechend auch an anderen Orten platziert wurden. Angebote für Senioren setzten die Leipziger Seniorensicherheitsberater des KPR um.

Die erwarteten Wirkungen

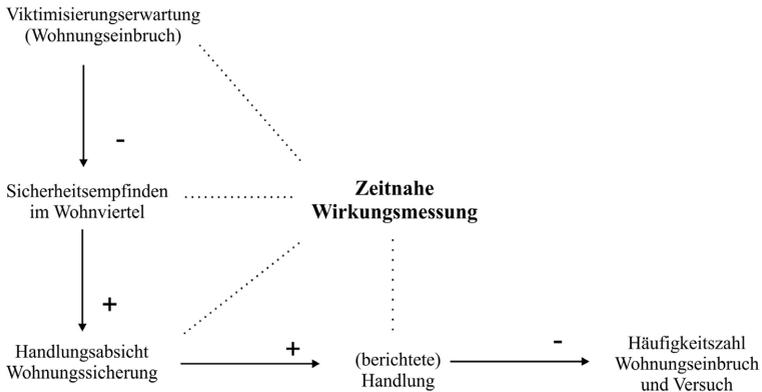
Grundlage der Einschätzung des Experiments ist der folgende Kausalzusammenhang:

Der letztendliche Zweck besteht in der Senkung der *Häufigkeitszahl des Wohnungseinbruchs*. Diese Größe, da sie die Folge sehr komplexer Prozesse ist, lässt sich nicht kurzfristig beeinflussen, sondern Veränderungen können nur über einen längeren Zeitraum eingeschätzt werden. Ob sich eine Senkung, Stabilisierung oder verminderte Zunahme der Häufigkeitszahl infolge des Experiments einstellt, soll mithilfe eines Vergleichs zwischen Experiment- und Kontrollgruppen geschehen.

Einer der Faktoren, welcher die Häufigkeitszahl des Wohnungseinbruchs direkt beeinflusst, besteht im *individuellen Präventionshandeln*. Auf die Beeinflussung dieses Faktors bezieht sich das Experiment. Ziel ist es, das individuelle Präventionshandeln zu erhöhen. Das bedeutet zum einen die Erhöhung der technisch basierten und zum anderen der verhaltensbasierten Prävention. Da die Messungen mittels Befragung stattfinden, kann nur berichtetes Handeln beurteilt werden. Dennoch gilt, je konkreter und je zeitnaher eine Faktenfrage ist, umso genauer wird sie in der Regel beantwortet.

Das individuelle Präventionshandeln wird durch (*kriminallitätsbezogene*) *Einstellungen* mit verursacht, wenn auch nicht ausschließlich. Ein Basismodell von Einstellungen beruht auf der Unterscheidung von drei Komponenten: einer kognitiven, einer affektiven und einer konativen. Mit Schwind u.a. kann darin ein Kausalzusammenhang gesehen werden: Die wissens- und wahrnehmungsbasierte Beurteilung einer Situation beeinflusst den affektiven Bezug auf diese Situation und dieser wiederum beeinflusst die Bereitschaft zu einem bestimmten Handeln (Schwind u.a. 2001). Darin bestehen die drei engeren Wirkungsgrößen, deren Veränderung mithilfe der postalischen Befragung ermittelt werden soll (Abb. 5).

Abb.5: Wirkungseinheiten des Experiments



Die *kognitive Komponente*: Dazu gehört die Viktimisierungserwartung eines Wohnungseinbruchs. Üblicherweise werden Viktimisierungserwartungen im Zeithorizont von 12 Monaten erfragt. Von einer Beeinflussung dieser Größe wird erwartet, dass das Phänomen gelernter Sorglosigkeit reduziert wird, also eine kognitive Einschätzung einer Gefährdung durch Wohnungseinbruch auf der Grundlage der Situation im Ortsteil geschieht.

Die *affektive Komponente*: Üblicherweise wird diese Komponente als Kriminalitätsfurcht erhoben. In unserem Design wird sie als Sicherheitsempfinden bei Tag und Nacht im Wohnviertel erfragt. Entsprechend der Beurteilung der Situation im Ortsteil hinsichtlich der Gefahr des Wohnungseinbruchs sollte sich das Sicherheitsgefühl verändern.

Die *konative Komponente*: Die Handlungsabsicht ist dem Handeln unmittelbar vorgelegt. Insbesondere die Absicht einer weiteren technischen Sicherung der Wohnung bzw. des Eigenheims soll in beiden Befragungen erhoben werden. Es wird erwartet, dass bei einer Veränderung der kognitiven und der affektiven Komponente in hier beschriebenen Sinn, sich auch die konative Komponente in die gleiche Richtung verändert.

Die beschriebenen Wirkungsgrößen sind nicht isoliert, sondern in ihrem Zusammenhang zu sehen. Es ist wenig erfolgreich, wenn sich lediglich die kognitive und affektive Komponente verändern, d.h. z.B. das Sicherheitsempfinden sinkt, aber daraus keine Wirkungen auf Handlungsabsicht und Handlung erfolgen. Aus diesem Grund wird im experimentellen Faktor beides vermittelt, indem eine Erschütterung der Sorg-

losigkeit und zugleich die Bereitstellung von praktischen Lösungen zur Erhöhung der individuellen Sicherheit erfolgen. Diese Vorgehensweise ist Neuland in der Kriminalitätsprävention, weshalb ohne eine empirische Überprüfung der forschungsleitenden Hypothese ihr Präventionswert nicht eingeschätzt werden kann.

Literatur:

- Diekmann, A. (1995): Empirische Sozialforschung, Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Reinbeck b. Hamburg, Rowohlt.
- Henkel, M. (2012): Planung von Präventionskampagnen am Beispiel Wohnungseinbruch. In: Kriminalistik 66 (4), S. 247-252.
- Lauber, K. u. K. Mühler (2014): Steigerung der individuellen Prävention gegen Wohnungseinbruch. Projektskizze eines Feldexperiments in Leipzig. In: Kriminalistik 68(12), S. 712-719.
- Postman, N. (2006): Wir amüsieren uns zu Tode. Urteilsbildung im Zeitalter der Unterhaltungsindustrie. Frankfurt a.M., Fischer Verlag.
- Sampson, R. u. B. Groves (1989): Community Structure and Crime: Testing Social-Disorganization Theory. In: American Journal of Sociology 94 (4), S. 774-802.
- Schwind, H.-D., D. Fetchenhauer, W. Ahlborn u. R. Weiß (2001): Kriminalitätssphänomene im Langzeitvergleich am Beispiel einer deutschen Großstadt. Bochum 1975-1986-1998, Neuwied, Luchterhand.
- Shaw, C. R. u. H. D. Mc Kay (1942): Juvenile Delinquency and Urban Areas, Chicago, University of Chicago Press.
- Skogan, W. (1992): Disorder and Decline: Crime and the Spiral of Decay in American Neighborhoods, Los Angeles, University of California Press.

Inhalt

Vorwort 1

I. Der 20. Deutsche Präventionstag im Überblick

Deutscher Präventionstag und Veranstaltungspartner
Frankfurter Erklärung 5

Erich Marks / Karla Marks
Zusammenfassende Gesamtdarstellung des 20. Deutschen Präventionstages 11

Erich Marks
Zur Eröffnung des 20. Deutschen Präventionstages in Frankfurt am Main 43

Stephan L. Thomsen
Gutachten für den 20. Deutschen Präventionstag:
Kosten und Nutzen von Prävention in der Ökonomischen Analyse 51

Rainer Strobl / Olaf Lobermeier
Evaluation des 20. Deutschen Präventionstages 125

Erich Marks / Karla Marks
20 Jahre Deutscher Präventionstag in Zahlen 173

II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte

Britta Bannenberg/Carina Agel/Nathalie Preisser/Felix Diehl/Gisela Mayer
Beratungsnetzwerk Amokprävention: Ein wissenschaftbasiertes
Beratungsangebot zur Amokprävention 183

Kerstin Bunte/Shérif Wouloh Korodowou
Mobbingprävention und -intervention - der No Blame Approach
und seine Verankerung in Schule 193

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
Ansätze der Gewaltprävention in der Internationalen
Entwicklungszusammenarbeit 207

Gregor Dietz
Hessisches Präventionsnetzwerk gegen Salafismus 231

Dagmar Freudenberg
Opferschutz rechnet sich?! 235

Frank Goldberg
Wie nachhaltige Kriminalpräventionn Wirkung zeigt 245

<i>Thomas Görgen/Barbara Nägele/Sandra Kotlenga</i> Sicherheitsbezogenes Erleben und Handeln im Alter: Perspektiven für die Prävention	261
<i>Jerome Gravenstein</i> Das Nicht-Kampf-Prinzip und der Zweikampf	277
<i>Martin Hafen</i> Frühe Förderung als präventive Investition“	293
<i>Heidrun Hassel / Fatih Ekinci</i> Projekt „Sicherheit gemeinsam gestalten – Polizei und Migranten im offenen Gespräch“	307
<i>Thomas Hestermann</i> Der Gruseffekt: Wie Gewaltberichte des Fernsehens unsere Weltsicht beeinflussen	309
<i>Viktoria Jerke / Julia Christiani</i> Kriminalprävention braucht Öffentlichkeit	337
<i>Michael Koch</i> Gewaltprävention an Schulen als Entwicklungsprojekt	347
<i>Karsten Lauber / Kurt Mühler</i> Prävention gegen Wohnungseinbruch als kommunales Experiment	365
<i>Thomas Mücke</i> Deradikalisierung/Disengagement gestalten	381
<i>Getraud Selig</i> Gewalt im Leben älterer Menschen in Ludwigsburg – Modul: Sicherheit im Alter - Projekt „Alt trifft Jung – Jung trifft Alt“	395
<i>Christian Specht</i> Zuwanderung aus den EU-2 Staaten Südosteuropas	399
<i>Christamaria Weber</i> Frankfurter Ämternetzwerk gegen Extremismus: Jugendliche schützen – Eltern und Fachkräfte stärken und unterstützen	407
<i>Karin Wunder</i> Gemobbt im Web? Was Erziehende wissen müssen und warum Online-Hilfe durch Gleichaltrige wichtig ist	415
III Autoren	421